

PRESSEMITTEILUNG

„Die freien Schulen gehören gestärkt!“

Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch sagt den 250 Schulen in freier Trägerschaft ihre Unterstützung zu

*Der Zeitpunkt war nicht zufällig: Zeitgleich mit dem letzten Bildungsausschuss vor dem Sommer versammelten sich heute rund 700 Lehrkräfte, Eltern, Schüler*innen und Azubis aus 250 freien Berliner Schulen vor dem Abgeordnetenhaus. Begleitet von Trommlern und Stelzenläufern demonstrierten sie so lautstark, dass Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch ihre Forderungen nicht überhörte: „Die freien Schulen gehören gestärkt“, sagte sie mit Blick auf die kommende Schulgesetznovelle.*

Berlin, 27. Juni 2024. „Freie Schulen sind aus der Berliner Bildungslandschaft nicht wegzudenken“, betonte die Senatorin. Dass diese jahrelang finanzielle Einbußen hinnehmen mussten, sei ihr bewusst. Die für den Herbst geplante Schulgesetznovelle biete die Chance, die freien Schulen zu stärken. „Diese Chance wollen wir nutzen, Ihre Punkte mit einbringen und mit dem Finanzressort diskutieren“, sagte sie Schulen, Trägern und Verbänden vor Ort zu.

„Berlin hat zu wenig Lehrer, Schulplätze fehlen. Die Freien Schulen hätten die Kraft, beide Missstände anzugehen“, sagte **Prof. Barbara John, Ehrenvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin**, zur Eröffnung der Kundgebung. Allerdings müsse das Land das auch wollen und seinen Kurs ändern. „Das ist wirtschaftlich nur möglich mit einer Finanzierung, die sicher ist und nicht um Millionen geringer als an den staatlichen Schulen.“

„Die freien allgemein- und berufsbildenden Schulen in Berlin erfüllen den öffentlichen Bildungsauftrag und bereichern das Bildungswesen in unserer Stadt. Nur bekommen sie für ihre Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dafür zu wenig Geld“, bestätigte **Sabina Bothe, Geschäftsführerin des Landesverbandes Deutscher Privatschulen Berlin-Brandenburg e.V.** Diese Mangelfinanzierung sei „nicht gerecht und auch nicht mehr zeitgemäß“, denn sie berücksichtige aktuelle Entwicklungen sowie durch Krisen verursachte Mehrkosten nicht. „Was wir brauchen, ist ein gerechtes, auskömmliches, transparentes und zukunftsfähiges Finanzierungssystem!“

Im Zuge der Schulgesetznovelle 2024 habe das Land Berlin endlich die Chance, eine gerechte Finanzierung zu ermöglichen, bekräftigte **Frank Olie, Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Schulstiftung Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz**: „Wir fordern eine faire Behandlung der freien Schulen auf Augenhöhe und dass ihre Leistungen in der Berliner Bildungslandschaft anerkannt werden.“

Im Jahr 2022 gab das Land Berlin für einen öffentlichen Schulplatz durchschnittlich 14.000 Euro aus. Freie Schulen erhielten 2022 dagegen im Schnitt 7.000 Euro pro Schulplatz vom Land Berlin. „Die Lücke beträgt zum Teil mehr als 50 Prozent und wird immer größer“, sagte **Peter Lange, Geschäftsführer der Privaten Kant-Schulen**, und rechnete hoch: „Der Staat spart folglich rund 280 Millionen Euro pro Jahr an unseren 40.000 Schülerinnen und Schülern an den freien allgemeinbildenden Schulen. Diesen Geldwert müssen wir freie Schulen jährlich ausgleichen, was wir aber nicht können und auch nicht wollen. Wir wollen das Schulgeld nicht anheben und unsere Lehrkräfte angemessen bezahlen!“

Hintergrund:

Die aktuelle Misere geht auf eine fatale politische Entscheidung vor mehr als 20 Jahren zurück: 2003 wurden die Zuschüsse für die freien Schulen in Berlin auf 93% der Personalkosten der öffentlichen Schulen gekürzt und nie wieder angehoben. Zudem erhalten freie Schulen keinen Cent für Sozialarbeit und Sachkosten wie Mieten, Instandhaltung und Betrieb, Reinigung, Digitalisierung, IT etc.

Forderungen der freien Schulen – auf einen Blick:

1. Aushandlung einer neuen und zeitgemäßen Finanzierung,
2. Abschaffung der zusätzlichen Restriktionen für die beruflichen Schulen,
3. dauerhafte Erhöhung der Finanzierung im Ostteil der Stadt auf das Niveau des Westteils
4. faire Finanzierung für Sach- und Betriebskosten, Sonderpädagogik, Sozialarbeit, Familien mit Transferbezug sowie Fort- und Weiterbildung.

Über die AGFS:

Die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Berlin (AGFS) ist der freiwillige Zusammenschluss der Verbände und Träger von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft. Die AGFS vertritt die Interessen der insgesamt 171 allgemeinbildenden Schulen mit rund 41.000 Schüler*innen und die der 70 beruflichen Schulen mit zusätzlich 14.000 Schüler*innen sowie die sieben Verbände der nicht-staatlichen Schulen in Berlin.

Pressekontakt:

Birte Wuermeling, Pressesprecherin
c/o Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH
Mobil: 0174 2629325

birte.wuermeling@froebel-gruppe.de